

**RÜCKANTWORT – KANDIDATENBEFRAGUNG
LANDTAGSWAHL BADEN-WÜRTTEMBERG 2026**

Forum Hegau-Bodensee

Rücksendefrist: 3. März 2026, 16.00 Uhr

Gerne kurze und prägnante Antworten (2–5 Sätze sind ausreichend)

ANGABEN ZUR PERSON

Name: Adrian Rößler

Partei/Wahlvorschlag: Freie Wähler

Wahlkreis: WK 67 Bodenseekreis

E-Mail (optional): roessler.adrian@web.de

ÜBERERFÜLLTE ERNEUERBAREN-QUOTEN, NETZENGÄSSE, 1,8%-FLÄCHENZIEL

1.1 Regionale Ausnahme vom 1,8%-Flächenziel

Werden Sie sich im Landtag dafür einsetzen, dass in der Region Hegau-Bodensee wegen bereits übererfüllter Erneuerbaren-Quoten und der Netzengpässe keine weiteren verbindlichen Ausbauziele für Windkraft gelten (Moratorium bzw. Reduzierung der 1,8%-Flächenziele)?

☒ Ja ☐ Nein

Kurzbegründung (2–5 Sätze):

Die Region Hegau-Bodensee deckt bereits einen Großteil ihres Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen und hat damit die Erneuerbaren-Quoten weit übererfüllt. Zusätzliche Windkraftanlagen würden hier vor allem zu unnötigen Belastungen für Landschaft, Bevölkerung und Natur führen, ohne nennenswerten Beitrag zur Energiewende zu leisten – insbesondere angesichts bestehender Netzengpässe, die einen weiteren unkoordinierten Ausbau erschweren. Windkraft ist nicht die einzige Option für den Klimaschutz; dezentrale Photovoltaik, Speichertechnologien und Effizienzmaßnahmen sind in windschwachen Regionen oft sinnvoller und akzeptierter. Grundsätzlich lehne ich starre Quoten und Flächenziele ab, da sie häufig mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen und eine technologieoffene, regionsangepasste Energiewende verhindern. Ich setze mich daher im Landtag für ein Moratorium bzw. eine deutliche Reduzierung der 1,8%-Flächenziele in dieser Region ein.

1.2 Bewertung der Privilegierung in § 2 EEG und des Referenzertragsmodells

Unterstützen oder lehnen Sie eine Änderung der aktuellen Privilegierung der Windenergie in § 2 EEG (Einstufung als „überragendes öffentliches Interesse“) ab?

☐ Ich möchte § 2 EEG und das Referenzertragsmodell im Grundsatz unverändert beibehalten.

☒ Ich halte inhaltliche Änderungen für notwendig.

Wenn Sie Änderungen befürworten: Welche zwei Punkte sind Ihnen am wichtigsten?

1. Abschaffung oder deutliche Abschwächung der pauschalen Einstufung als „überragendes öffentliches Interesse“ speziell für Windenergie an Land in windschwachen und bereits

überlasteten Regionen wie dem Hegau-Bodensee-Gebiet. Die aktuelle Regelung in § 2 EEG führt dazu, dass berechtigte lokale Belange (Landschaftsschutz, Artenschutz, Gesundheit der Bevölkerung durch Infraschall und Schattenwurf, Akzeptanzverlust) in der Abwägung systematisch untergehen – obwohl in manchen Regionen die Erneuerbaren-Quote bereits massiv übererfüllt ist und Netzingpässe den weiteren Zubau kontraproduktiv machen. Eine technologieoffene, regionssensible Abwägung muss wieder Vorrang haben, statt Windkraft pauschal zu privilegieren.

2. Grundlegende Reform des Referenzertragsmodells, um überzogene Förderanreize für unwirtschaftliche Standorte in Süddeutschland zu reduzieren und stattdessen den Fokus auf wirklich effiziente, windstarke und netzdienliche Standorte zu legen. Das aktuelle Modell verzerrt den Wettbewerb, treibt Kosten unnötig in die Höhe und fördert Anlagen an sub-optimalen Orten, wo der tatsächliche Beitrag zur Versorgungssicherheit gering ist. Stattdessen brauche ich eine stärkere Orientierung an realen Systemkosten, Netzverträglichkeit und Akzeptanz – z. B. durch Absenkung der Korrekturfaktoren für schwache Standorte oder eine stärkere Berücksichtigung regionaler Übererfüllung.

SCHWACHWINDGEBIETE, REFERENZERTRAGSMODELL, SUBVENTIONEN

2.1 Umgang mit fehlerhaften Datengrundlagen

Wie soll aus Ihrer Sicht eine verlässliche Förderpolitik aussehen, wenn sich zentrale Datengrundlagen (z.B. Windatlas, Potenzialstudien) als deutlich zu optimistisch erweisen?

Halten Sie in solchen Fällen eine verbindliche Korrektur der Datengrundlagen und eine Anpassung der Förderpraxis für zwingend erforderlich?

☒ Ja ☐ Nein

Falls Ja: Wer sollte dies aus Ihrer Sicht veranlassen? (Mehrfachnennung möglich)

☒ Bund

☒ Land Baden-Württemberg

☒ Fachbehörden

Andere: _____

Kurzbegründung:

Wenn sich zentrale Datengrundlagen wie der Windatlas oder Potenzialstudien als deutlich zu optimistisch erweisen – was in windschwachen Regionen Süddeutschlands wie dem Hegau-Bodensee-Gebiet vielfach der Fall ist –, muss eine verlässliche Förderpolitik zwingend korrigiert werden, um Fehlanreize, unnötige Subventionen und Belastungen für Landschaft, Natur und Bürger zu vermeiden. Das aktuelle Referenzertragsmodell fördert trotz real niedriger Erträge unwirtschaftliche Standorte massiv, was die EEG-Kosten treibt und die Akzeptanz vor Ort zerstört – eine technologieoffene, regionsangepasste und kosteneffiziente Energiewende erfordert hier dringend eine Anpassung. Aus Sicht der Freien Wähler sollte der Bund als Verantwortlicher für das EEG die verbindliche Korrektur der Datengrundlagen und des Referenzertragsmodells (z. B. Absenkung der Korrekturfaktoren für

Schwachwindstandorte) vorantreiben, das Land Baden-Württemberg regionale Übererfüllungen und Netzengpässe einbringen und Fachbehörden (wie Umwelt- oder Energieministerium) die wissenschaftliche Überprüfung und Aktualisierung der Daten (Windatlas etc.) koordinieren. Nur so entsteht eine ehrliche, bürgernahe und wirtschaftlich sinnvolle Förderpolitik, die nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweggeht.

2.2 Dauerhafte Sonderförderungen und Südboni

Sind Sie dafür, dass Windenergie in Baden-Württemberg mittelfristig ohne dauerhafte Förderungen und spezielle Südboni auskommen soll und dass Mittel auf ertragsreiche Standorte konzentriert werden?

☒ Ja ☐ Nein

Kurzbegründung:

Windenergie in Baden-Württemberg, insbesondere in Schwachwindgebieten wie dem Hegau-Bodensee, sollte mittelfristig ohne dauerhafte Sonderförderungen und spezielle Südboni auskommen, um Fehlanreize für unwirtschaftliche Standorte zu vermeiden und die Fördermittel auf wirklich ertragsreiche, windstarke und netzdienliche Standorte zu konzentrieren. Das aktuelle Referenzertragsmodell mit Südbonus treibt die EEG-Kosten unnötig in die Höhe, subventioniert suboptimale Anlagen und belastet Landschaft, Natur sowie die Akzeptanz vor Ort, obwohl viele Regionen ihre Erneuerbaren-Quoten bereits massiv übererfüllen und Netzengpässe bestehen. Aus meiner Sicht muss eine bürgernahe, kosteneffiziente und technologieoffene Energiewende priorisiert werden: Förderungen sollen sich an realen Erträgen, Systemnutzen und regionaler Verträglichkeit orientieren, statt pauschal windschwache Süden zu privilegieren – stattdessen dezentrale PV, Speicher und Effizienz stärken, um eine faire und nachhaltige Energiewende mit den Bürgern gemeinsam umzusetzen.

2.3 Verpflichtende Windmessungen

Unterstützen Sie die Forderung, dass jedes Gebot für ein Windprojekt bei der Bundesnetzagentur nur mit einer zertifizierten, standortspezifischen Windmessung zugelassen wird?

☒ Ja ☐ Nein

Kurzbegründung:

Ja, ich unterstütze die Forderung nach verpflichtenden, zertifizierten standortspezifischen Windmessungen vor Abgabe eines Gebots bei der Bundesnetzagentur. In windschwachen Regionen wie Hegau-Bodensee haben sich Windatlas-Daten und Potenzialstudien oft als zu optimistisch erwiesen, was zu unwirtschaftlichen Projekten, hohen EEG-Kosten und unnötigen Belastungen führt. Eine solche Messpflicht schafft Transparenz, verhindert Fehlinvestitionen und stärkt die Akzeptanz, indem nur wirklich geeignete Standorte gefördert werden – ganz im Sinne einer bürgernahen und evidenzbasierten Energiewende.

2.4 Zusätzliche Landesprogramme und Haushaltsumschichtungen

Befürworten Sie landesspezifische Förderprogramme für Windkraft in der Schwachwindregion Bodensee-Hegau, auch wenn dafür andere Ausgaben im Landeshaushalt gekürzt werden müssten?

☐ Ja ☒ Nein

Falls Ja: Welche Ausgabenbereiche kämen aus Ihrer Sicht für Umschichtungen in Betracht?

TECHNOLOGIEOFFENHEIT: GEOTHERMIE, SEEWÄRME, EFFIZIENZ

3.1 Priorität regional passender Technologien

Werden Sie sich im Landtag dafür einsetzen, dass in der Region Bodensee-Hegau vorrangig Photovoltaik, Geothermie, Seewärme, Wärmenetze, Effizienzmaßnahmen und Speicher ausgebaut werden und Windkraftziele hier nicht starr vorgegeben, sondern nachrangig und standortbezogen festgelegt werden?

☒ Ja ☐ Nein

Kurzbegründung:

Ja, ich setze mich im Landtag dafür ein, dass in der Region Bodensee-Hegau vorrangig Photovoltaik (insbesondere Dach- und Agri-PV), Geothermie, Seewärme, Wärmenetze, Effizienzmaßnahmen und Speicher ausgebaut werden. Windkraftziele sollten hier nicht starr vorgegeben, sondern nachrangig und nur standortbezogen festgelegt werden – unter Berücksichtigung der bereits übererfüllten Erneuerbaren-Quote, Netzengpässe und der windschwachen Lage. Eine technologieoffene Strategie nutzt regionale Potenziale besser, schont Landschaft und Tourismus und gewinnt Akzeptanz bei den Bürgern.

3.2 Erforderliche landespolitische Änderung

Falls Ja: Welche konkrete Änderung an Landesgesetzen oder -leitlinien halten Sie dafür für vorrangig (z.B. Anpassung Klimaschutzgesetz BW, Regionalplanung, Förderprogramme)?

Vorrangig halte ich eine Anpassung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg für notwendig: Das starre 1,8%-Flächenziel muss regionsspezifisch flexibilisiert werden, um Übererfüllungen und lokale Belange (z. B. Tourismus, Naturschutz) stärker zu berücksichtigen. Ergänzend eine Änderung der Regionalplanung, um Vorrang für dezentrale, boden- und landschaftsschonende Technologien wie Geothermie und Seewärme zu schaffen, sowie gezielte Förderprogramme für Wärmenetze und Speicher umzuschichten.

3.3 Technologierangfolge im Wahlkreis

Bitte nennen Sie drei Technologien, die Sie in Ihrem Wahlkreis priorisieren (1 = höchste Priorität) und jeweils ein Instrument/Maßnahme, mit dem Sie diese Priorität landespolitisch unterstützen wollen.

1. Technologie: Photovoltaik (Dach- und Agri-PV) Instrument/Maßnahme: Vereinfachte Genehmigungsverfahren und höhere Förderquoten für kommunale und private Dachanlagen sowie Agri-PV-Projekte im Landesentwicklungsplan.
2. Technologie: Grüner Wasserstoff / Power-to-Gas Instrument/Maßnahme: Landesförderprogramm für Elektrolyse-Piloten, H2-Infrastruktur und Kopplung mit PV-Überschüssen; Einbindung in das Baden-Württembergische Wasserstoff-Roadmap mit Regionalbonus für den Bodenseeraum.

3. Technologie: Geothermie / Seewärme Instrument/Maßnahme: Landesförderprogramm für Machbarkeitsstudien und Pilotprojekte zur Nutzung von Bodensee-Wärme und tiefer Geothermie, inklusive Netzausbau für Wärmeversorgung.

WALD, RÜCKBAU-RISIKEN UND SCHUTZ VON LANDSCHAFT UND TOURISMUS

4.1 Windkraft im Wald

Sind Sie dafür, Windkraft im Wald – insbesondere in Erholungs-, Kur- und Landschaftsschutzgebieten der Region Bodensee-Hegau - auszuschließen?

☒ Ja, grundsätzlich ausschließen

☐ Nein, grundsätzlich auch im Wald möglich

Kurzbegründung:

Windkraft im Wald – insbesondere in Erholungs-, Kur- und Landschaftsschutzgebieten der Region Bodensee-Hegau – sollte grundsätzlich ausgeschlossen werden. Wälder dienen Naturschutz, Erholung, Tourismus und Biodiversität; Rodungen für Anlagen zerstören unwiederbringlich und belasten die Akzeptanz massiv. In windschwachen Gebieten wie unserem ist der Nutzen minimal, der Schaden hingegen hoch – eine bürgernahe Politik priorisiert hier Schutz statt Ausbauzwang.

4.2 Absicherung der Rückbaukosten

Halten Sie es für notwendig, dass gutachterlich festgestellte und tatsächlich zu erwartende Rückbaukosten von Windenergieanlagen vollständig über hinterlegte Sicherheiten (z.B. Bürgschaften) abgedeckt werden?

☒ Ja ☐ Nein

Kurzbegründung:

Ja, es ist zwingend notwendig, dass gutachterlich festgestellte und realistisch zu erwartende Rückbaukosten vollständig über hinterlegte Sicherheiten (z. B. selbstschuldnerische Bankbürgschaften) abgedeckt werden – und zwar in einer Höhe, die auch bei gestiegenen Kosten, Inflation oder Insolvenz ausreicht. Die subventionierten Betreiberfirmen (oft durch EEG-Förderung begünstigt) müssen primär die Kosten tragen; die aktuellen Regelungen (§ 35 Abs. 5 BauGB) sehen genau vor, dass der Betreiber verpflichtet ist und Sicherheiten hinterlegt, um eine Externalisierung auf Kommunen, Grundstückseigentümer oder Steuerzahler zu verhindern. Praxisbeispiele zeigen jedoch häufig unzureichende Sicherheiten: In vielen Bundesländern liegen die geforderten Bürgschaften (z. B. 140.000–400.000 € pro Anlage oder pauschal 200.000 € in Bayern) deutlich unter realen Rückbaukosten, die laut Umweltbundesamt (2023) zwischen 47.000 und 515.000 € pro Anlage variieren können – oft nur 10 % der Rohbaukosten oder weniger, was bei modernen Großanlagen massive Unterdeckungen bedeutet. Waldeigentümer oder Kommunen haften dann subsidiär und unbegrenzt, wie in Fällen von Insolvenzen oder Altanlagen berichtet wird (z. B. Kreis Lippe oder Reinhardswald mit Schätzungen über 1,9 Mio. € pro Anlage).

4.3 Schutz von Landschaft und Tourismus

Wie wollen Sie in Ihrem Wahlkreis konkret sicherstellen, dass Landschaftsschutz und Tourismus nicht gegenüber kurzfristigen Pachterlösen zurückstehen müssen? (2–5 Sätze, Stichworte genügen.)

Strikte Berücksichtigung von Landschafts- und Tourismusbelangen in Regionalplänen und Genehmigungsverfahren priorisieren.

Moratorium für Windkraft in sensiblen Gebieten (Seenähe, Kurorte, Wanderwege).

Vorrang für dezentrale, unauffällige Technologien (Dach-PV, Geothermie).

Bürger- und Tourismusverbände früh einbinden, Vetorecht der Kommunen stärken.

Transparente Abwägung: Kein kurzfristiger Pachtnutzen auf Kosten langfristiger Wertschöpfung durch intakte Landschaft.

IHRE ZUSATZBEMERKUNGEN

Gibt es Punkte zur Energie- und Flächenpolitik in unserer Region, die Ihnen darüber hinaus wichtig sind?

Mir ist besonders wichtig, dass die Energiewende in unserer Region technologieoffen, bürgernah und wirtschaftlich sinnvoll bleibt: Kein ideologischer Zwang zu Windkraft in Schwachwindgebieten, stattdessen Fokus auf PV-Dächer, Seewärme, Geothermie und Effizienz.

Zusätzlich sehe ich grünen Wasserstoff als zentrale Zukunftstechnologie für die Region Bodensee-Hegau – insbesondere für die Dekarbonisierung von Industrie, Schwerlastverkehr, Schifffahrt (Bodensee!) und saisonale Langzeitspeicherung. Wir sollten landespolitisch stärker auf Wasserstoff setzen:

Beschleunigte Genehmigungsverfahren und Förderung von Elektrolyseuren in Industrieclustern (z. B. rund um Friedrichshafen, Singen, Konstanz).

Aufbau regionaler Wasserstoff-Netze und H₂-Tankstellen, priorisiert für Nutzfahrzeuge und Fähren.

Pilotprojekte zur Kopplung von Überschuss-PV/Strom mit Wasserstoffproduktion (Power-to-Gas) – statt weiterer Windkraft, die hier wenig Sinn macht.

Integration in das Landes-Wasserstoffkonzept Baden-Württemberg mit konkreten Mitteln für den Süden.

Die Übererfüllung der Quote und Netzengpässe müssen endlich anerkannt werden, um unnötige Belastungen zu vermeiden. Eine faire Energiewende gelingt nur mit den Menschen vor Ort – nicht gegen sie – und Wasserstoff bietet hier echte Chancen für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Klimaschutz ohne Landschaftsverbrauch.

Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, Ihre Positionen transparent zu machen!

Bitte senden Sie den ausgefüllten Bogen bis zum 3. März 2026 16.00 Uhr an uns zurück.

kontakt@forum-hegau-bodensee.de

BESTEN DANK!